

Vorlage Nr.: **2020/1351**

Verantwortlich: **Dez. 4**

Dienststelle: **StK**

Haushaltssatzung/Haushaltsplan 2021, Satzungsbeschluss zur Vorlage und Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde

Beratungsfolge dieser Vorlage

Gremium	Termin	TOP	ö	nö	Ergebnis
Gemeinderat	22.12.2020	2	X		

Beschlussantrag

Der Entwurf des Haushaltsplans 2021 wurde am 22. September 2020 mit den Etatreden des Oberbürgermeisters Dr. Frank Mentrup und der Finanzdezernentin Gabriele Luczak-Schwarz eingebracht. Die Fraktionen haben am 20. Oktober 2020 zum Haushalt Stellung genommen.

Unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Frank Mentrup wurden der Entwurf des Haushaltes sowie die 1. und die 2. Veränderungsliste am 8. Dezember 2020 im Hauptausschuss vorberaten; die Beratung fand in der öffentlichen Gemeinderatssitzung am 15./16. Dezember 2020 statt.

Die in der Sitzung des Gemeinderates vom 15./16. Dezember 2020 beschlossenen Veränderungen sind in der beigefügten 3. Veränderungsliste (Anlagen) enthalten. Darüber hinaus enthält die 3. Veränderungsliste außerdem die Erhöhung des Kreditbedarfs der Jahre 2021 bis 2024 auf den sich neu ergebenden Bedarf.

Finanzielle Auswirkungen	Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen Erträge (Zuschüsse und Ähnliches)	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzüglich Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>			

Haushaltsmittel sind dauerhaft im Budget vorhanden

Ja ☒

Nein ☐ Die Finanzierung wird auf Dauer wie folgt sichergestellt und ist in den ergänzenden Erläuterungen auszuführen:

☐ Durch Wegfall bestehender Aufgaben (Aufgabenkritik)

☐ Umschichtungen innerhalb des Dezernates

☐ Der Gemeinderat beschließt die Maßnahme im gesamtstädtischen Interesse und stimmt einer Etatisierung in den Folgejahren zu.

CO ₂ -Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)		Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant		Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridorthema:	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)		Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften		Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

Beschluss:

Antrag an den Gemeinderat oder Ausschuss

1. Der Gemeinderat beschließt den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021 sowie die Finanzplanung bis 2024 einschließlich der 1. und 2. Veränderungsliste und der während der Beratung am 15./16. Dezember 2020 beschlossenen Veränderungen, die in der 3. Veränderungsliste (Anlage) aufgeführt werden.
Sämtliche Änderungen sind in den endgültigen Ausdruck des Haushaltsplans zu übernehmen.
2. Der Gemeinderat beschließt aufgrund § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 24. Juli 2000 (GBl. 2000, S. 582, ber. S. 698), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2015 (GBl. 2016 S. 1) die Haushaltssatzung:

§ 1 Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021 wird festgesetzt:

		Haushaltsjahr
		2021
		Euro
1. im Ergebnishaushalt mit den folgenden Beträgen		
1.1	Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	1.405.312.566
1.2	Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	-1.515.131.018
1.3	Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von	-109.818.452
1.4	Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von	4.000.000
1.5	Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von	-1.000.000
1.6	Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo aus 1.4 und 1.5) von	3.000.000
1.7	Veranschlagtes Gesamtergebnis (Saldo 1.3 und 1.6) von	-106.818.452
2. im Finanzhaushalt mit den folgenden Beträgen		
2.1	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	1.386.450.432
2.2	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	-1.507.896.444
2.3	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts (Saldo aus 2.1 und 2.2) von	-121.446.012
2.4	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	34.073.941
2.5	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	-277.369.837
2.6	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5) von	-243.295.896
2.7	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6) von	-364.741.908
2.8	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	243.287.328
2.9	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	-14.534.110
2.10	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von	228.753.218
2.11	Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von	-135.988.690

	Haushaltsjahr
	2021
	Euro

§ 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen sowie für die Ablösung von inneren Darlehen aus Mitteln, die für Rückstellungen für die Stilllegung und Nachsorge von Altdeponien erwirtschaftet wurden (Kreditermächtigung), wird festgesetzt auf	243.287.328
davon für die Ablösung von inneren Darlehen auf	0

§ 3 Verpflichtungsermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird festgesetzt auf	236.278.890
---	-------------

§ 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf	295.000.000
---	-------------

§ 5 Steuersätze

Nachrichtlich: Hebesätze

Die Hebesätze sind in der Satzung der Stadt Karlsruhe über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung) wie folgt festgesetzt:

Für die	2021
1. Grundsteuer	
a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) auf	470 v. H.
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	470 v. H.
der Steuermessbeträge	
2. Gewerbesteuer	430 v.H.
der Steuermessbeträge	

§ 6 Weitere Bestimmungen

Die örtlichen Wertgrenzen im Hinblick auf die Veranschlagung von Investitionen als Einzelvorhaben nach § 4 Abs. 4 Satz 4 GemHVO werden wie folgt festgesetzt (jeweils in Euro):

Hochbaumaßnahmen mit einem Gesamtaufwand (Auszahlungen und zu aktivierende Eigenleistungen):
ab 300.000

Begrünungsmaßnahmen mit einem Gesamtaufwand (Auszahlungen und zu aktivierende Eigenleistungen):
ab 250.000

Tiefbaumaßnahmen mit einem Gesamtaufwand (Auszahlungen und zu aktivierende Eigenleistungen):
ab 500.000

Kanalsanierungsmaßnahmen mit einem Gesamtaufwand (Auszahlungen und zu aktivierende Eigenleistungen), die eine wesentliche Änderung im Entwässerungsnetz darstellen:
ab 500.000

Kanalsanierungsmaßnahmen, die keine wesentliche Änderung im Entwässerungsnetz darstellen, werden in einem Sammelansatz veranschlagt. Unabhängig von der Höhe des Gesamtaufwands werden auch Erschließungsmaßnahmen (Tiefbau- und Kanalbaumaßnahmen) in einem Sammelansatz veranschlagt.

3. Der Gemeinderat beschließt den Haushaltsplan der Vereinigten Stiftungen für das Haushaltsjahr 2021 mit folgenden Festsetzungen:

	2021 Euro
Ordentliche Erträge/Einzahlungen	43.000
Ordentliche Aufwendungen/Auszahlungen	43.000

gemäß Haushaltsplanentwurf Seite 548/549.

4. Für eine zeitlich flexible Handhabung der Kreditaufnahme beauftragt der Gemeinderat die Verwaltung, die Kreditermächtigung - soweit erforderlich - auszuschöpfen. Sie berichtet bei Bedarf dem Hauptausschuss, in welchem Umfang und zu welchen Konditionen sie hiervon Gebrauch gemacht hat.
5. Für eine zeitlich flexiblere Handhabung der Gewährung von Bürgschaften verzichtet der Gemeinderat auf Vorberatungen im Hauptausschuss. Die Genehmigung durch den originär zuständigen Gemeinderat bleibt hiervon unberührt.

Anlagen: 3. Veränderungsliste